

Europas Zielgerade im Hinterhof der USA

Freihandelsabkommen: EU im Wettlauf um die Märkte Lateinamerikas

von Johannes Plotzki

Im erbitterten Rennen um immer neue bi-regionale und multilaterale Freihandelsabkommen, das sich USA und EU derzeit weltweit liefern, strebt die EU an, noch dieses Jahr einen besonders „dicken Fisch“ an Land zu ziehen: Das *EU-MERCOSUR-Abkommen*. Dieses Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern¹ befindet sich gerade in der sogenannten Forderungs- und Angebotsphase. Auf dem 3. EU-Lateinamerika-Gipfel Ende Mai 2004 im mexikanischen Guadalajara wurde sich darauf geeinigt, die angestrebte „Strategische Partnerschaft“ zwischen Lateinamerika und der EU noch im Oktober 2004 durch den Abschluss des EU-MERCOSUR-Abkommens in eine Form zu gießen. Auf diese Weise erhofft sich die EU noch vor der nächsten Verhandlungsrunde (2005) des maßgeblich von der USA vorangetriebenen Gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens *Free Trade Area of the Americas (FTAA)* eigene Fakten zu schaffen. Ziel ist es, schrittweise eine gemeinsame Freihandelszone zwischen EU und den MERCOSUR-Ländern einzuführen. Gewinner wäre in diesem Falle die europäische Exportwirtschaft, allen voran spanische und deutsche Unternehmen. Die Spitze der in die MERCOSUR-Region exportierenden Länder Europas bildet schon jetzt Deutschland. Dessen Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), treiben die Verhandlungen im eigenen Interesse voran. Zusammengeschlossen haben sich auch deutsche Unternehmen im 1998 gegründeten *Mercosur European Business Forum (MEBF)*, einer Lobbygruppe, die vor allem die Interessen der Industrie im Auge hat und der z.B. VW, Siemens, BASF, sowie Telefónica, Endesa und Respol aus Spanien, aber auch Danone, Vivendi, Suez Carrefour aus Frankreich angehören.²

„Die Interessen der EU und ihrer transnationalen Konzerne sind vielfältig: verbesserter Marktzugang, natürliche Ressourcen und die Biodiversität der Länder des MERCOSUR sowie eine

Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses in der Region, der durch die Schaffung einer möglichen panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) bedroht ist.“³

Auf der anderen Seite des Atlantiks sind es vor allem die Großgrundbesitzerlobby und Unternehmen aus Agrarindustrie und Gentechnologie, die sich eine Verbesserung ihrer Absatzchancen versprechen: „Die Lobbyisten der Agrarexporteure sprechen sich für den umfassenden Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union aus, unter Beachtung der Kürzung aller ‚marktverzerrenden‘ Agrarsubventionen seitens der Europäischen Union.“⁴ Forderungen, die auch im Deutschen Bundestag gerne wiedergegeben werden: „Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gehört zu den vorrangigen Zielen der EU-Politik der Bundesregierung“, denn „die lateinamerikanischen Länder fordern einen besseren Zugang ihrer Agrarprodukte auf den europäischen Märkten und sie haben Recht mit dieser Forderung.“⁵

„Global denken heißt alle Weltteile zu beobachten“

Als einer der größten Wirtschaftsräume und Freihandelszonen der Welt, gilt der MERCOSUR seit jeher als interessanter und wichtiger Handelspartner der EU. Schon jetzt ist die EU – nicht die USA – der größte Handelspartner des seit 1991 bestehenden MERCOSUR. Auf sie entfielen im vergangenen Jahr 25% des Handelsvolumen der MERCOSUR-Länder.⁶ Die ersten Verhandlungen zum EU-MERCOSUR-Abkommen wurden 1999 einberufen. Mittlerweile haben 10 Verhandlungsrunden stattgefunden und laut Fahrplan der EU soll noch im Oktober 2004 über das EU-MERCOSUR-Abkommen auf Ministerebene abgestimmt werden. Es gilt sich zu beeilen. Bereits im Mai 2001 mahnte Georg Boomgaarden, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt: „Die Wirtschaft des MERCOSUR ist heute noch stärker auf Europa ausgerichtet als auf die USA. Wenn die deutsche und europäische Wirtschaft allerdings nicht aufpasst, kann

sich das mit Verwirklichung der für 2005 geplanten panamerikanischen Freihandelszone FTAA/ALCA schnell ändern. Ein Markt wie der MERCOSUR mit einem größeren Sozialprodukt als das Chinas, ein Markt, in dem Europa traditionell sehr gut positioniert ist, braucht mehr Aufmerksamkeit. Global denken, heißt auch, alle Weltteile zu beobachten und nicht nur diejenigen, die gerade in Mode sind.“⁷

Und, „wenn die ‚Free Trade Area of the Americas‘ früher zu Stande kommt als unser Freihandelsabkommen mit den Ländern des MERCOSUR, könnten wir empfindliche Einbußen haben“, fürchtet auch Ludwig-Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und Vorsitzender der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft.⁸

Ist mit den EU-MERCOSUR-Verhandlungen ein wichtiger Teil Südamerikas an bilaterale Abkommen geknüpft, hat die EU durch andere Kooperationsverträge den Handel auch mit weiteren lateinamerikanischen Märkten liberalisiert. Besonderes Kennzeichen dieser sogenannten „Abkommen der 2. Generation“ sind eine Verbindung der bisherigen Programme der Wirtschaftsförderung mit politischen Inhalten, wie „Menschenrechten“, „Demokratisierung“ und „good governance“, sowie entwicklungspolitischen Zielsetzungen, wie beispielsweise „Armutsbekämpfung“ und „nachhaltiger Entwicklung“. Der „Idealtypus“ dieser neuen Generation von Handelsabkommen beinhaltet neben einer „Institutionalisierung des politischen Dialogs über die Wahrung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien“ auch die Schaffung „einer WTO-kompatiblen Freihandelszone (...) einschließlich einer graduellen Liberalisierung im Agrar- und Dienstleistungssektor, die Liberalisierung der geistigen Eigentumsrechte, der Finanzkapitalbewegungen und des öffentlichen Beschaffungswesens.“⁹

Zu folgenden Wirtschaftsräumen bzw. Staaten Lateinamerikas regeln bereits heute Abkommen die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Lateinamerika: *Andengemeinschaft, Zentralamerika, Chile und Mexiko*. Außerdem ist die EU mit den *karibischen Staaten* vor allem durch das sogenannte AKP-Vertragswerk Lomé IV und sein Nachfolgeabkommen Cotonou, verbunden.

Das 1993 abgeschlossene Kooperationsabkommen zwischen EU und der Andengemeinschaft bildete die Grundlage für ein am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnetes Abkommen, welches als mit-

telfristige Perspektive die Errichtung einer bi-regionalen Freihandelszone enthält. Ebenfalls am 15. Dezember 2003 in Rom unterzeichnet, wurde das Abkommen zwischen der EU und dem Wirtschaftsblock Zentralamerikas, zu dem Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama zählen. Dieses wurde auf der Grundlage eines 1999 in Kraft getretenen Rahmenabkommens anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der EU mit den Staaten Lateinamerikas in Madrid (2002) vereinbart.



Die EU-Mitgliedstaaten, die EU-Kommission und Chile haben im Vorfeld des zweiten EU-Lateinamerika Gipfels ein Assoziationsabkommen ausgearbeitet, das im November 2002 unterzeichnet wurde. Es ist nach Angaben der EU-Kommission derzeit das umfassendste Abkommen mit einem Drittstaat. Kernbestandteil ist die Errichtung einer Freihandelszone EU-Chile innerhalb von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Dabei schließt es „die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, den politischen und kulturellen Dialog sowie praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit“¹⁰ mit ein.

Zwischen der EU und Mexiko ist am 01.07.2000 ein Freihandelsabkommen in Kraft getreten. Dieses erfasst 95% des derzeitigen Warenhandels und sieht die

weitgehende Beseitigung aller Diskriminierungen im Dienstleistungsverkehr vor. Die schrittweise Umsetzung der Zollfreiheit für alle gewerblichen Waren soll bis 2007 erfolgen. Das sogenannte Globalabkommen, beschlossen 1997, in Kraft getreten im Oktober 2000, bildet die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko. Entsprechend dem „Idealtypus“ der Abkommen Zweiter Generation wird auch in diesem in Artikel 1 feierlich die sogenannte Menschenrechts- und Demokratieklausele erklärt:

„Durch den Respekt für demokratische Prinzipien und die in der Universellen Menschenrechtserklärung festgeschriebenen Menschenrechte, unterstreichen beide Vertragspartner ihre politischen Bestrebungen und die wesentlichen Elemente dieses Abkommens.“¹¹

Dass im Paragraphen 1 des Vertrages mit der EU die Achtung von Demokratie und Menschenrechten festgeschrieben ist, kommentiert Alberto Arroyo, Vertreter des freihandelskritischen Netzwerks RMALC aus Mexiko-Stadt so: *„Der einzig ausgearbeitete Teil widmet sich dem Freihandel. Was den politischen Dialog und die Menschenrechte betrifft, sind nicht einmal Kontrollmechanismen festgelegt worden.“¹²*

Freihandel? - Ausbeutung!

Noch vor Inkrafttreten des Freihandelsabkommens äußerte Alfonso Moro vom Netzwerk gegen Freihandel seine Befürchtungen darüber, wer die eigentlichen Profiteure des Abkommens sein werden: *„Der Anteil mexikanischer Produkte, welche auf dem europäischen Markt konkurrieren können, ist sehr klein. Dazu kommt, dass von den zehn wichtigsten Exportprodukten Mexikos in die EU, sieben von europäischen Unternehmen in Mexiko hergestellt werden.“* Letztlich profitieren daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung, ähnlich wie US-Konzerne vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen

NAFTA begünstigt wurden. Dieses, seit gut 10 Jahren bestehende Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko hat gerade in Mexiko zu verschärften sozialen Spannungen und gewachsener Armut geführt.

Auch im restlichen Lateinamerika haben 20 Jahre neoliberaler Umbau durch Privatisierung von Dienstleistungsunternehmen, Liberalisierung der Handelsbeziehungen und Deregulierung der Märkte die Verarmung weiter Bevölkerungsteile vorangetrieben. Die Ergebnisse sind verheerend: Mehr als die Hälfte der 400 Millionen LateinamerikanerInnen können ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen. Fast 91 Millionen Menschen in Lateinamerika fielen in den letzten 20 Jahren unter die Armutsgrenze. Allein in den vergangenen sechs Jahren waren es 23 Millionen

Letztlich profitieren daher hauptsächlich europäische Unternehmen von der Handelsöffnung, ähnlich wie US-Konzerne vom Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA begünstigt wurden.

LateinamerikanerInnen, die aus der sozialen Schicht der Mittelklasse in die der Armut gerieten.¹³ *„Lateinamerika und die Karibik ist eine der Regionen mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit“*, wie David de Ferranti, Vizepräsident der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik den hauseigenen Report *„Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?“* zusammenfasst. Weiter führt er aus, *„dass Lateinamerika eine hochgradige Ungerechtigkeit in Bezug auf Einkommen, dem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasser und Elektrizität aufweist.“¹⁴* Der Bericht kam zu dem Ergebnis, dass fast die Hälfte (48%) des in Lateinamerika erbrachten Einkommens vom reichsten Zehntel der Bevölkerung und dagegen vom ärmsten Zehntel der Bevölkerung gerade mal 1,6 % erzielt werden. Darüber hinaus belegt der Report eine weiter anhaltende Ungleichheit zwischen der „weißen“ und indigenen Bevölkerung Lateinamerikas in Bezug auf Bereiche wie Einkommenshöhe, Bildungschancen, Zugang zu Infrastruktureinrichtungen u.a.

Der Co-Autor der Weltbank-Studie und Chef-Ökonom der Weltbank für Lateinamerika und die Karibik, Guillermo Perry, benennt eine grundlegende *„institutionelle Reform“* als den Schlüsselfaktor

für eine Veränderung der Ungerechtigkeit in Lateinamerika. Dafür sei es notwendig, dass zivilgesellschaftliche Kräfte mehr Einfluss in den politischen und sozialen Institutionen bekommen. Um solche Einflussnahme zu erreichen, „müssen diese Institutionen völlig offen, transparent, demokratisch und partizipativ“¹⁵ gestaltet werden.

Diesen Erfordernissen kommen die bisherigen bi-regionalen Verträge und Handelsabkommen zwischen EU und lateinamerikanischen Ländern jedoch nicht nach. Klaus Schilder (WEED) befürchtet, „dass die EU Menschenrechts- und Demokratieforderungen nicht zum zentralen Anliegen der Abkommen macht, sondern vielmehr ihren wirtschaftlichen Freihandelsinteressen unterordnet. Praktisch nicht vorhanden sind in fast allen EU-Abkommen Hinweise auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in einen strukturierten und umfassenden Dialogprozess.“¹⁶

Auch wenn sich die europäischen Verhandlungsführer im weltweiten Poker um Märkte von den US-amerikanischen Vertretern dadurch unterscheiden, dass sie kompensatorische Maßnahmen in Form von Entwicklungs- und Hilfsprogrammen zum Aufbau gesunder Sozialstrukturen unerlässlich halten und bemerken, dass wirtschaftliche Öffnung nicht automatisch zu Entwicklung führe, ist das angestrebte Entwicklungsmodell das gleiche: Das neoliberale Paradigma, das die Entwicklung in einen engen Zusammenhang mit dem Freihandel stellt. Völlig ignoriert wird dabei die Bedeutung der strukturellen Asymmetrie der an den Abkommen beteiligten Volkswirtschaften.

So fällt das Urteil des Netzwerks gegen Freihandel RMACL entsprechend hart aus: „Europa ist ein Imperium und führt sich hier genauso auf wie die USA.“¹⁷

Anmerkungen

¹ Länder des am 26. März 1991 beschlossenen Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercado Común del Cono Sur) „MERCOSUR“ sind: Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay. Mit Venezuela werden Gespräche geführt, und Chile sowie Bolivien sind assoziierte Mitglieder.

² Vgl. Andreas Behn: Differenzierte Kritik - Auf Gegenveranstaltungen zu WTO-Treffen wird auch über die Freihandelszonen diskutiert. In: Poonal Nr. 589 v. 9. September 2003; Denise Mendez, Das Großmanöver des Neoliberalismus in Lateinamerika. In: Grain de Sable Nr. 464, 14.4.2004, übersetzt und veröffentlicht

von attac-Österreich. Quelle: http://www.attac-austria.org/sandimgetriebe/spip151/article.php3?id_article=152 [4.9.04]

³ Claudia Torrelli: EU-MERCOSUR - Wiederholungstäter EU beim Latino-Freihandelspoker. In: GERMANWATCH (Hrsg.): Blickpunkt Welthandel, Jg. 2, Nr. 2., April 2004

⁴ Christian Russau (FDCL -Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.): Durchsetzung internationaler Handelsregime zwischen Europäischer Union (EU) und dem Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR)? - Ausländische Direktinvestitionen als Gegenstand der Freihandelsverhandlungen im Spannungsfeld von Investorenrechten, Entwicklung und Menschenrechten. (EU - MERCOSUR Bulletin N°1, Januar 2004)

Quelle: <http://www.handel-entwicklung-menschenrechte.org/fileadmin/christian/FDCL-EU-MERCOSUR-BulletinNr1-Jan2004.pdf> [3.9.04]

⁵ Dr. Volmer vor dem Deutschen Bundestag anlässlich der Lateinamerika-Debatte am 16. Mai 2002. Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=3158 [4.9.04]

⁶ Vgl. EU-MERCOSUR: Ministertagung legt Fahrplan für Freihandelsverhandlungen fest. Trade Issues, Brüssel, 12. November 2003, Quelle: http://europa.eu.int/comm/trade/issues/bilateral/regions/MERCOSUR/pr121103_de.htm [3.9.04]

⁷ Georg Boomgaarden, Beauftragter für Lateinamerikapolitik im Auswärtigen Amt.: Deutsche Lateinamerikapolitik unter Bedingungen der Globalisierung. Frankfurt/Main, den 8. Mai 2001. Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=1521

⁸ Zit. nach: Informationen zur Deutschen Außenpolitik: „Wettlauf EU - USA in Südamerika“. 14.02.2002, Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1013641200.php> [4.9.04]

⁹ Klaus Schilder (WEED): Regionalisierung unter neoliberalem Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, 10.06.2003, <http://www.weed-online.org/artikel/18513.html> [3.9.04]

¹⁰ Auswärtiges Amt: Beziehungen EU-Lateinamerika, Stand Mai 2004, Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/eu_aussenbez/lateinamerika_html#1 [7.9.04]

¹¹ Official Journal of the European Communities L 276/45: „Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement between the European Com-

munity and its Member States, of the one part, and the United Mexican States, of the other part“. 28.10.2000 Quelle: http://europa.eu.int/eur-lex/pri/en/oj/dat/2000/l_276/l_27620001028en00450061.pdf [3.9.04]

¹² Zit. n. Boris Kanzleiter: Transatlantischer Freihandel frustriert Gewerkschaftler. In: Poonal Nr. 426 v. 27.3.2000. Quelle: <http://www.npla.de/poonal/p426.htm> [7.9.04]

¹³ Vgl. AFP-Meldung. In: La Jornada, 1.6.2004. Quelle: <http://www.jornada.unam.mx/2004/jun04/040601/022n1eco.php?origen=index.html&fly=1> [4.9.04]

¹⁴ Vgl. Weltbank-Bericht: „Inequality in Latin America & the Caribbean: Breaking with History?“ Mexiko-City, 7. Okt. 2003. Quelle: <http://lnweb18.worldbank.org/LAC/LAC.nsf/ECADocByUnid/12F1114F594B4B85256DB3005DB262?Opendocument> [4.9.04]

¹⁵ Vgl. Weltbank-Bericht. ebenda.

¹⁶ Klaus Schilder (WEED): Regionalisierung unter neoliberalen Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, 10.06.2003, <http://www.weed-online.org/artikel/18513.html> [3.9.04]

¹⁷ Alberto Arroyo vom freihandelskritischen Netzwerk RMACL aus Mexiko-Stadt. Zitiert nach: Wolf Dieter Vogel: Kampf um Mercados. In: Jungle World, Nummer 23 vom 26. Mai 2004

